



## Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 04.10.2017:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, *dan-news*, *lug-info* sowie *tass* und *ria.ru*

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Dnr-online.ru: Heute, am 4. Oktober, während des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass wurde im Rahmen der Arbeit der humanitären Untergruppe die Frage des Austauschs von Gefangenen nach der Formel „alle gegen alle“ erörtert, teilt eine Quelle aus Minsk mit.

„Die Republiken akzeptieren keine teilweisen Austausch nach dem Gutdünken der ukrainischen Seite. Diejenigen zu nehmen, an denen die Ukraine interessiert ist und sich um die übrigen Gefangenen nicht zu kümmern, das ist das Ziel unserer Gegner. Wir können es uns nicht erlauben, die Gefangenen nach Kategorien – ob sie befreit werden oder nicht – einzuteilen. Für uns sind alle, die sich in den Kerkern ukrainischer Gefängnisse und Untersuchungsgefängnisse befinden, der Freiheit würdig. Wir werden weiterhin versuchen, die Rückkehr all unserer Leute zu erreichen. Dies betrifft die „Berkutowzy“ (Berkut-Mitarbeiter – Anm. d. Übers.), die unbewiesen der Erschießung „friedlicher Protestierender“ während des Maidan beschuldigt werden, und die Odessiten, die durch ein Wunder im Gewerkschaftshaus am 2. Mai überlebt haben und von der ukrainischen Regierung der Organisation dieser schrecklichen Tragödie beschuldigt werden. Dies betrifft auch die unschuldig inhaftierte Darja Mastikaschewa – die 29jährige dreifache Meisterin der Ukraine in Taekwondo, die Vorsitzender der Jugendorganisation „Goldene Liga“, die des Landesverrats beschuldigt wird und die sich in Verletzung der Gesetzlichkeit und der internationalen Menschenrechte ohne Recht auf Schriftverkehr oder Gespräch mit Verwandten, ohne elementare medizinische Behandlung in Haft befindet. Nach dem Aufruf des bevollmächtigten Vertreters der DVR Denis Puschilin auf dem letzten Treffen der Kontaktgruppe, ständige Aufmerksamkeit auf das Schicksal der jungen Frau zu richten und die ungesetzliche Haft zu beenden, hat die ukrainische Seite mit noch kriminelleren Handlungen reagiert. Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine haben gewaltsame Durchsuchungen in den Wohnungen Darjas und ihrer Mutter Irina Wiktorowna Petroschenko durchgeführt, dabei wurde Irina Wiktorowna geschlagen und eine Freundin Darjas - Lilija Barasij – wurde von Mitarbeitern ukrainischen Spezialdienste in unbekannte Richtung fortgebracht. Dies alles zeugt nur von einem, dass der Sicherheitsdienst der Ukraine keinerlei Beweise der Schuld Darja Mastikaschewas hat. Durchsuchungen, Schläge und Entführungen sind die einzigen Möglichkeiten der ukrainischen Militärs, aus den Verwandten von Darja irgendwelche Aussagen herauszuprügeln, die sie belasten. Wir bestehen weiterhin auf einer ständigen Aufmerksamkeit der internationalen humanitären und Rechtsschutzorganisationen in Bezug auf die Haftbedingungen in den Haftanstalten und geheimen Gefängnissen auf dem Territorium der Ukraine, in Bezug auf Erklärungen über Folter, ungesetzliche Strafverfolgung und Haft, in Bezug auf Verletzungen der elementaren Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürger im ukrainischen Staat.

Mehr noch, der bevollmächtigte Vertreter der DVR Denis Puschilin hat eine Reihe von Treffen mit

Vertretern der OSZE-Mission und des IKRK durchgeführt, die ihr Interesse am Erhalt der Unverletzlichkeit der Rechte und Freiheiten des Menschen auf dem Territorium der Ukraine bekundet und die Notwendigkeit geäußert haben, sich mit der Situation von Darja Mastikaschewa bekannt zu machen“, sagte die Quelle.

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa

Wir haben die Austauschlisten erörtert und Forderungen aufgestellt. Stein des Anstoßes ist die Position der ukrainischen Seite, die die festgehaltenen Personen in Kategorien aufteilt.

Wir sind kategorisch gegen eine Aufteilung der festgehaltenen Personen nach Kategorien, in den Minsker Vereinbarungen gibt es keine Kategorien, wir bestehen auf einem Austausch von allen bestätigten festgehaltenen Personen gegen alle bestätigten Personen.

Von unserer Seite wurde ein weiteres Mal die Frage des Wiederaufbaus der Brücke bei Staniza Luganskaja aufgeworfen. Die ukrainische Seite ist ein weiteres Mal einer Antwort ausgewichen und hat sich auf die Expertise des Fachministeriums zurückgezogen.

Von unserer Seite wurde auch die Position zur Öffnung eines Kontroll- und Passierpunkts in Solotoje genannt, aber die ukrainische Seite ist sowohl der Erörterung der Frage des Wiederaufbaus der Brücke als auch der Öffnung eines KPP ausgewichen, indem sie haltlose Erklärungen abgegeben hat.

Tass.ru: Der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko hat am Mittwoch gleich zwei Gesetzesentwürfe zum Donbass in die Oberste Rada eingebracht, einer von ihnen bezeichnet die Region als „besetztes Territorium“ und der zweite verlängert die Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass um ein Jahr. Die endgültigen Texte der Dokumente wurden bis zum letzten Moment streng geheim gehalten, was unter dem Abgeordneten eine Menge von Spekulationen über den Charakter und die Zahl der eingebrachten Entwürfe hervorbrachte sowie lautstarke politische Erklärungen mit Beschuldigungen in Richtung der Administration des Staatsoberhauptes.

Die Spannung wuchs noch im Zusammenhang damit, dass genau in zwei Wochen, am 18. Oktober, die dreijährige Gültigkeitsdauer des Gesetzes über einen besonderen Status einzelner Gebiete des Donezker und Lugansker Oblast ausläuft. Es wurde im Jahr 2014 als Schlüsseldokument der politischen Regelung im Osten der Ukraine im Rahmen der Minsker Vereinbarungen angenommen. Das offizielle Kiew hat bis heute vollständig zu den Möglichkeiten einer Verlängerung dieses Gesetzes geschwiegen, und die ausgerufenen Republiken des Donbass haben gewarnt, dass eine Weigerung der Verlängerung des besonderen Status einen Austritt Kiews aus den Minsker Vereinbarungen bedeutet.

Im Ergebnis wurden vom Präsidenten zwei Dokumente zur Behandlung durch die Oberste Rada vorgelegt - „Über die Besonderheiten der staatlichen Politik zur Sicherung der staatlichen Souveränität der Ukraine über die zeitweilig besetzten Territorien im Donezker und Lugansker Oblast“ und „Über die Schaffung von Bedingungen für eine friedliche Regelung der Situation in den einzelnen Gebieten des Donezker und Lugansker Oblast“.

### **„Okkupierte“ Territorien**

Im ersten Gesetzesentwurf wird der rechtliche Zustand der einzelnen Gebiete des Donezker und Lugansker Oblast als „zeitweilig besetzte Territorien“ bestimmt und die Handlungen Russlands als „Aggression gegen die Ukraine“ bezeichnet. Entsprechend wird als Ziel der staatlichen Politik die „Befreiung dieser Territorien und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in ihnen“ genannt. Dafür wird dem Präsidenten das Recht zugesprochen, die Streitkräfte und andere militärische Formationen zur „Zurückdrängung und zur Abwehr der russischen militärischen Aggression im Donezker und Lugansker Oblast“ zu nutzen.

Die unmittelbare Leitung von Kräften und Mitteln liegt beim wieder geschaffenen Vereinten Operativen Stab der Streitkräfte der Ukraine. Er wird sowohl rein militärische Aufgaben lösen als

auch die Kontrolle über die Tätigkeit der militärisch-zivilen oder militärischen Administrationen ausüben, die im Donezker und Lugansker Oblast geschaffen werden können, ausüben. Dabei behält man sich besondere Bedingungen für Ein- und Ausreise sowie für den Transport von Waren auf die „zeitweise besetzten Territorien“ vor. Dies wird auch vom Vereinten Operativen Stab kontrolliert werden. Gegen eine Verletzung der festgelegten Regelungen wird strafrechtlich vorgegangen.

Die Minsker Vereinbarungen selbst werden im Text nur ein mal erwähnt und ausschließlich im Teil „Maßnahmen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb der international anerkannten Grenzen“. In diesem Zusammenhang behält man sich den Vorrang der Erfüllung der Regelung, die die Fragen der Sicherheit betreffen, die im Minsker Protokoll vom 5. September 2014, im Minsker Memorandum vom 19. September 2014 und im Maßnahmekomplex zur Realisierung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 vereinbart wurden, vor. Keinerlei anderen Regelungen von „Minsk“, die die Verpflichtungen Kiews vorschreiben, eine Amnestie auszurufen, die zerstörten ökonomischen und finanziellen Beziehungen mit der Region wieder aufzunehmen, eine Verfassungsreform mit dem Ziel durchzuführen, einen besonderen Status des Donbass zu gewährleisten, und dort Wahlen durchzuführen, sind in den Text des Gesetzesentwurf aufgenommen worden.

### **Besonderer Status**

Der zweite Gesetzesentwurf trägt weitaus lakonischeren Charakter und besteht im Wesentlichen aus einem Punkt: „Zeitweise, für den Zeitraum, der ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes der Ukraine „Über die Schaffung von Bedingungen für eine friedliche Regelung der Situation in den einzelnen Gebieten des Donezker und Lugansker Oblast“ endet, eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten des Donezker und Lugansker Oblast einzuführen“.

Auf diese Weise verlängert das Dokument juristisch das Regime des besonderen Status des Donbass für ein Jahr, obwohl dieses in der Realität aufgrund der unversöhnlichen Position Kiews, das sich weigert, im Rahmen eines Friedensprozesses die politischen Aspekte der Minsker Vereinbarungen zu erörtern, gar nicht in Kraft getreten ist.

Mehr noch, in den Text des jetzigen Gesetzesentwurfs ist ein Satz eingefügt, dass die Verlängerung des besonderen Status unter anderem auf die Schaffung der „notwendigen Bedingungen für die Stationierung einer UN-Friedensoperation in den einzelnen Gebieten des Donezker und Lugansker Oblast“ gerichtet ist.

### **Abgeordnete fordern Zeit**

Sowohl das eine als auch das andere Dokument haben einen „unaufschiebaren“ Status, das bedeutet die Notwendigkeit, dass sie vorrangig von der Rada behandelt werden. Die Mitglieder des zuständigen Fachkomitees wurden praktisch sofort nach dem Eingang des Gesetzesentwurfs im Parlament zu einer Sitzung zusammengerufen. Aber die Diskussion ist bisher noch nicht gelungen. Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen haben einstimmig gesagt, dass sie diese Initiativen nicht erörtern können, weil sie die Texte zum ersten Mal sehen. In der Folge musste die Sitzung des Komitees für Sicherheit und Verteidigung abgebrochen und auf Donnerstag Morgen verschoben werden.

Gleichzeitig ist bereits eine erste Reaktion auf diese Dokumente von Seiten der ausgerufenen Republiken erfolgt. So hat der bevollmächtigte Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin erklärt, dass der Gesetzesentwurf „Über die Besonderheiten der staatlichen Politik zur Sicherung der staatlichen Souveränität der Ukraine über die zeitweilig besetzten Territorien im Donezker und Lugansker Oblast“ direkt „Minsk“ widerspricht.

„Er berücksichtigt nicht einfach nicht die Punkte der Friedensvereinbarungen, sondern widerspricht ihnen direkt“, sagte er. „Von der Ukraine wird einseitig entgegen den Positionen des UN-Sicherheitsrats eine Aggression eines ausländischen Staats konstatiert, obwohl nur dieses Organ das Recht, eine Aggression festzustellen“.

Außerdem wurde dieser Gesetzesentwurf nach den Worten Puschilins nicht mit den Vertretern der Republiken erörtern und abgestimmt, wie dies im Maßnahmekomplex vorgesehen ist. „Auf diese

Weise widerspricht dieser Gesetzesentwurf den Minsker Vereinbarungen vollständig und blockiert den Verhandlungsprozess“, unterstrich der bevollmächtigte Vertreter der DVR.

Dan-news.info: Erklärung Denis Puschilins zum Gesetzesentwurf zur „Reintegration des Donbass“  
Die Einbringung des Gesetzesentwurfs über die Wiederaufnahme der Souveränität der Ukraine über die Territorien der Republiken des Donbass berücksichtigt nicht nur einfach nicht die Punkte der Friedensvereinbarungen, sondern widerspricht ihnen direkt. Von der Ukraine wird einseitig entgegen den Positionen des UN-Sicherheitsrats eine Aggression eines ausländischen Staats konstatiert, obwohl nur dieses Organ das Recht hat, eine Aggression festzustellen. Im Zusammenhang damit soll eine Erörterung und Abstimmung der Regelungen dieses Entwurfs mit den Vertretern der Republiken, anders als im Maßnahmekomplex vorgesehen, nicht stattfinden. Auf diese Weise widerspricht dieser Gesetzesentwurf den Minsker Vereinbarungen vollständig und blockiert den Verhandlungsprozess.

Das Gesetz über die Wiederaufnahme der Souveränität, das dem Präsidenten der Ukraine das Recht erteilt, die Streitkräfte im Donbass zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung einzusetzen, trennt die DVR und die LVR noch weiter von der Ukraine.

Die Annahme dieses Gesetzesentwurfs bedeutet nur eins – die Ukraine wählt den Krieg  
Der Leiter der Delegation der DVR in Minsk, der Vorsitzende des Volkssowjets der Republik Denis Puschilin.

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR zu den in der Ukraine behandelten Gesetzesentwürfe zum Donbass

Es bleiben nur noch einige Tage der Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status, das von der Ukraine im September 2014 angenommen wurde.

Obwohl sein sachbezogener Teil blockiert war, legt gerade dieses Gesetz im Gesetzgebungsraum der Ukraine den Begriff des besonderen Status des Donbass fest.

Mit dem Ende seiner Gültigkeit verschwindet dieser Begriff sowohl als politische Grundlage der Minsker Vereinbarungen als auch als Deklaration von Garantien für die Einwohner des Donbass. Als Folge stehen die Perspektiven der Entwicklung einer friedlichen Lösung des Konflikts im Donbass und die Möglichkeit der Bremsung eines militärischen Konflikts in Frage, weil das nicht zwei getrennte Prozesse sind, sondern zwei Seiten von miteinander verflochtenen Möglichkeiten, die unabhängig voneinander nicht existieren können.

Und nun bringt die Ukraine unter den entstandenen Umständen anstelle der Entwicklung einer politischen Regelung und der Annahme eines ständig gültigen Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass nach der Formel Steinmeiers ein Gesetzesentwurf über die Reintegration (sogar in mehreren Varianten) in die Oberste Rada ein, das direkt sowohl den in Minsk unterzeichneten Dokumenten als auch der gesamten Logik des Minsker Prozesses widerspricht.

Der in die Rada eingebrachte Gesetzesentwurf, der als besonders vorrangig gekennzeichnet ist, zeigt tatsächlich die Absicht der Ukraine, den Minsker Verhandlungsprozess maximal zu erschweren oder vollständig zu blockieren. Die Versuche, das Gesetz über einen besonderen Status auszutauschen (dessen Schlüsselregelungen im Maßnahmekomplex vom 12.02.2015 und in der Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 17.02.15 Nr. 2202) bestätigt sind, zerstören zweifellos die Reste von Vertrauen auf denen der Minsker Prozess aufbaut, vollständig und entfernt den Donbass maximal von der Ukraine.

Die Logik der Handlungen der Ukraine bezüglich der Weigerung der Erfüllung dieser grundlegenden Verpflichtung, die in den Minsker Vereinbarungen festgehalten ist, zeugt nur von einem – die Ukraine wählt den Weg eines totalen Kriegs.

Tass.ru: Die Versuche Kiews, die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass mit einer möglichen Stationierung eines UN-Truppenkontingents ohne

Erörterung dieser Frage mit den Vertretern der ausgerufenen DVR und LVR zu verbinden, drohen ein Scheitern des Verhandlungsprozesses zu einer Regelung der Situation im Osten der Ukraine hervorzurufen. Dies teilte gegenüber TASS der Vertreter der LVR in der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe Rodion Miroshchnik mit.

... „Unter dem Druck äußerer Faktoren hat Poroschenko ein Gesetz eingebracht, das formal die Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status verlängert, aber er motiviert es als Grundlage zur Stationierung von UN-Kräften. Dies sind zwei getrennte Fragen, mit deren Vermischung eine Zerstörung des Verhandlungsprozesses droht“, sagte Miroshchnik.

Er unterstrich, dass „die Frage einer speziellen UN-Mission im Donbass detailliert in Minsk erörtert werden und auf der Ebene des UN-Sicherheitsrats entschieden werden muss, aber die ukrainische Behandlung der Mission, die alle Züge einer ausländischen Intervention auf dem Territorium des Donbass hat, ist unannehmbar“.

„Die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status muss, wenn es auf der ukrainischen Seite noch irgendeine Hoffnung auf eine vollwertige friedliche Regelung auf diplomatischem Weg gibt, in der Obersten Rada ohne irgendwelche Vorbedingungen abgestimmt werden“, unterstrich der Vertreter der LVR:

Miroshchnik merkte an, dass der Gesetzesentwurf über eine Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status „in Minsk nicht erörtert wurde und die Position über die Verlängerung für ein Jahr ist schwach begründet“. „Kiew hat Verpflichtungen, Änderungen in das Gesetz entsprechend der „Formel Steinmeiers“ einzubringen und seine Gültigkeit bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlen und dem Inkrafttreten des besonderen Status auf dauerhafter Grundlage zu verlängern“, erinnerte er.

#### Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zu den Ergebnissen der Sitzung der politischen Untergruppe

Die heutige Runde der Verhandlungen der politischen Gruppe hat leider keine anderen Resultate ergebe als eine weitere Bestätigung der fehlenden Absichten Kiews, den Konflikt auf friedlichem Weg zu regeln. Trotz der ernsten Notwendigkeit, die von der gesamten Weltgemeinschaft anerkannt wird, zu einer konkreten Erörterung der grundlegenden Frage des Tagesordnung zu kommen – der Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass – weicht die Ukraine einem konstruktiven Dialog mit den Vertretern der Republiken aus.

Dabei beziehen sich die Verhandler der Ukraine auf offizielle Texte eines Gesetzesentwurfs über die Zukunft des Donbass, die vom Präsidenten der Ukraine P. Poroschenko und einer Reihe von Abgeordneten der Obersten Rada vorgeschlagen wurden, die heute offen zugänglich wurden. Die veröffentlichten Entwürfe widersprechen vollständig den in Minsker unterzeichneten Dokumenten und sind ein schwacher Versuch der ukrainischen Regierung, eine Erfüllung des

Maßnahmekomplexes zu imitieren. Erstens wurde kein einziges der Dokumente mit den Vertretern der Republiken abgestimmt und zweitens sehen die vorgelegten Entwürfe einseitig die Konstatierung einer ausländischen Aggression vor, was die Normen des internationalen Rechts über die Ordnung einer solchen Festlegung und über die Vollmachten der UNO direkt verletzt. Die einzige reale Funktion der heute veröffentlichten Entwürfe ist der Versuch der ukrainischen Regierung, Sand in die Augen der Weltgemeinschaft zu streuen, ihre nominale Bereitschaft zu demonstrieren, den Maßnahmekomplex zu erfüllen, aber dabei unternehmen sie keinerlei reale Schritte, um Bewegung im Minsker Prozess zu erreichen.

Deshalb lenken wir die besondere Aufmerksamkeit darauf, dass die offene Sabotage des Verhandlungsprozesses von Seiten der Ukraine und die Verweigerung eines Dialogs mit uns von einem klaren Ignorieren der derzeit einzigen Möglichkeit einer friedlichen Regelung zugunsten eines militärischen Szenarios zeugt. Wir rufen die Weltgemeinschaft auf, auf Kiew Druck in der Frage der Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Ukraine in Bezug auf die vom UN-Sicherheitsrat gebilligten Resolution zur Unterstützung des Maßnahmekomplexes sowie auch auf die Vereinbarungen, die im Ergebnis von zwei Gipfeln der Regierungschefs der Länder der

„Normannischen Vier“ erreicht wurden, auszuüben.

Tass.ru: Der Gesetzesentwurf über die sogenannte Reintegration des Donbass widerspricht den Minsker Vereinbarungen. Diesen Gesichtspunkt äußerte der bevollmächtigte Vertreter der RF in der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Osten der Ukraine Boris Gryslow.

„Der heute in die Oberste Rada eingebrachte Gesetzesentwurf über die Wiederherstellung der Souveränität über den Donbass widerspricht vollständig den Minsker Vereinbarungen, er entfernt den Donbass noch weiter von der Ukraine und blockiert den Minsker Prozess“, erklärte er. „Die Ukraine hat keine Entscheidung getroffen, für die einzelnen Gebiete des Donezker und Lugansker Oblast einen besonderen Status auf dauerhafter Grundlage zu gewährleisten. Der besondere Status des Donbass ist eine unabdingbare Bedingung der politischen Regelung in der Ukraine“.